



Souveränität

Nationen, Migration und Übernationales

TWH Video

Auf Präsident Trumps erster Pressekonferenz nach der Wahl erläuterte er Gewinn und Verlust. In 90 Minuten legte er Aussichten dar. Funken sprühten, einem Reporter wurde für sein Verhalten die Akkreditierung entzogen. Trump warf Medien negative Berichterstattung vor (einige über 80 Prozent): geben sie Falschnachrichten, seien sie Gegner der Bürger. Trump hoffe auf Aktionen mit der Opposition, was hernach die Haussprecherin Nancy P. Pelosi bestätigte. Sie sprach von der neuen Ära der Suche nach nicht dem kleinsten, sondern auch "kühnsten gemeinsamen Nenner" und zitierte Präsident Reagans Rede, Amerika führte zu neuen Horizonten – Migration und Diversität trugen bei.



Senats Mehrheitsführer Mitch McConnell wird weiter Richter, Mitglieder des Kabinetts und Gesetze bestätigen, wobei fortan die andere Seite, nicht mehr in der Opposition, auch Initiativen einbringt. Zwei Musliminnen und einen Muslim gibt es nun im Haus: die Repräsentantinnen Rashida Tlaib, geboren in Detroit als Tochter von palästinensischen Immigranten, für Michigan, und Ilhan Omar, einst eine Somali in Kenia, für Minnesota, sowie der Demokrat André D. Carson für Indiana. Zuvor verließ Keith M. Ellison den Kongress, der 2007 der erste dorthin gewählte Muslim wurde, nämlich für den 5. Distrikt Minnesotas.

Geteilter Kongress

In den Midterms zerbrach eine angesagte liberal blaue Welle an konservativ roten Linien, zumal links Progressive weit außen Sozialismus, offene Grenzen und Umverteilungen von Mitteln an all jene propagierten, die diese gar nicht erzeugten, aber Bürgern als Wähler und Steuerzahler gleich oder gar noch bessergestellt werden. Ein weithin schwelender Konflikt. Noch nationale, aber offene Sozialsysteme ohne sichere Grenzen widersprechen sich. Zwar ergriff die linke Seite das Zepter im Unterhaus, doch dehnte die Gegenseite ihren Griff im Oberhaus aus. Der geteilte Kongress kann Blockaden bedeuten, womöglich vereinte Taten: Südgrenze, Infrastruktur oder Gesundheitsfürsorge. Ein Effekt zu Kavanaugh wirkte, Wähler, Konservative im Senat, die gegen ihn votiert haben, wurden jetzt nicht wieder gewählt.

Im Zentrum der Wahl agierte Präsident Trump. Sein Einsatz ermöglichte noch gehaltene oder erweiterten Positionen. Also beginnt eine intensive Zeit, wo Machbares realisiert wird – oder nicht, und mithin die Präsidentschaftswahl 2020 anläuft. Viel hängt an den anderen Seiten: ob sie Trump arg bedrängen und/oder mit ihm das Machbare zum Landesnutzen anstreben.

Ölboykott

Vor den Medien erwähnte Trump, einige Länder vom sofortigen Ölboykott gegenüber Iran vorerst entlastet zu haben, damit der Preis nicht hochschnelle. Indien will Öleinfuhren aus Iran abbauen. Russland nimmt viel mehr ab. Offen blieben die EU-Hintertüren im SWIFT-System. Präsident Erdoğan erhielt wohl Abstriche vom Boykott. Indes begann Saudi-Arabien, einen Atomreaktor bauen zu lassen – es stellt sich wohl auf ein mögliches Wettrüsten auch um die militärische Verwendung des Atoms ein. In Ägypten kündigte Präsident as-Sisi am 6. November an, jeder Bedrohung der Golfstaaten durch sein Militär zu begegnen.

Nationaler Suizid

Jihadisten des Islamstaats, IS, überfielen am 2. November drei Busse mit [Kopten](#) auf dem Weg zum Bekenner-Kloster in der al-Minya-Provinz südlich von Kairo, Foto, wo sie sieben Gläubige töteten und 19 verwundeten. Ein ähnlicher Anschlag lief dort am [26. Mai 2017](#): 29 Tote, 29 Verwundete. Am [24. November 2017](#) starben gar 311 Muslime, meist Sufis, 128 wurden verletzt. Präsident as-Sisi verurteilte Terror auf einem dreitägigen Weltjugend-Forum in Sharm ash-Shaikh am Roten Meer, das am [6. November](#) endete. Er betonte, alle seien Ägypter, egal ob Muslime oder Kopten. Kairo habe [2016](#) das Gesetz über die Gebetshäuser erlassen, das nunmehr auch 340 unlizenzierte Kirchen legalisierte.

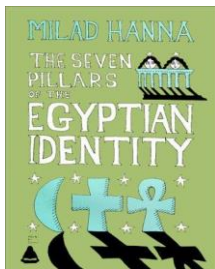
Wiki Kloster Samuel der Bekenner



Es würden Gebetshäuser in neuen und alten Städten gebaut, auch für andere Religionen, so für jüdische Bürger. Ob gläubig oder nicht, so Abd al-Fattah as-Sisi, jeder solle frei sein und der Staat möge sich nicht einmischen. Beim Jahrestreffen, zu dem 5.000 Jugendliche kamen und das as-Sisi aus der Taufe hob, ging es um die Aussichten. Er würdigte Visionen seines Vorgängers Anwar [as-Sadat](#) (regierte 1970-1981; Husni Mubarak 1981-2011), weil as-Sadat unilateral Ägyptens Modell des Friedens in den Camp-David-Abkommen schuf.

Afrika habe Probleme: Sicherheit und Stabilität als Schlüssel für Entwicklung. Ägypten, das auf dem Weg zum nationalen Suizid war – as-Sisis Hinweis auf die Macht des Islamisten Muhammad Mursi ([2012-2013](#)) –, fokussiere sich auf Jobschaffung, Digitalisierung und Beziehungen Afrikas mit Europa. Viele NGO wirkten laut as-Sisi sehr gut am Nil seit das NGO-Gesetz im Mai 2017 wirkt. Ein Komitee soll nun die Sozialmedien untersuchen.

Afrikas Identitäten – Nationsbildung



Zum einen betonte as-Sisi wieder, der islamische [Diskurs](#) wäre zu reformieren. Passend dazu kam auf dem Jugendforum Milad Hannas ([1994](#)) "Sieben Säulen der ägyptischen Identität" auf. Der Kopte ([1924-2012](#)) [Video 2010](#), nennt die sieben Identitätssäulen: pharaonisch, griechisch-römisch, koptisch, islamisch sowie arabisch, mediterran und afrikanisch. Dass sich Kairo samt Jugend daran orientiert, weitet Horizonte. As-Sisi: Afrikas Länder mögen ihre Zwiste beenden, mit aller Kraft ihre Probleme selbst lösen, sich auf jetzt auf Nationsbildung konzentrieren.

Grenzen der UN

As-Sisi erklärte, Afrikas Nationen müssen ihre Eigenverantwortung erfüllen. In der Tat, der "Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration", [UN-Migrationspakt](#), sollte nicht abheben, Afrikas Probleme durch Massenmigration nach Europa zu regeln. Auf diesem [Öffnungskurs](#) Angela Merkels wirbt das Berliner [Auswärtige Amt](#) dafür, erklärt zu wenig aber die Gefahr, an undemokratische Regionalbürokratien Souveränität abzugeben.

Nationale Souveränität

Viele Staaten Europas sind gegen den Migrationspakt: er sei völkerrechtlich unverbindlich. Es entstehe dadurch kein Menschenrecht auf Migration: [Wien](#) werde diese Paktumsetzung nicht mitfinanzieren, lehnte am 30. Oktober 16 Punkte ab und trete dem Pakt weder am 11. Dezember auf dem Marakesch-Gipfel bei, noch stimme es für ihn in New York. Der Staat agiere zur Migration nur auf der Basis innerstaatlicher Gesetze oder völkerrechtlicher Verträge, die das Parlament zuvor gebilligt habe.

Wolfgang G. Schwanitz